

# **Vorbericht**

**zum**

# **Neuen Kommunalen Haushalt 2008**



**Mülheim  
an der Ruhr**  
Stadt am Fluss

[www.muelheim-ruhr.de](http://www.muelheim-ruhr.de)

(Stand: Dezember 2007)

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Allgemeines</b>	
1.1 Vorwort	13
1.2 Erläuterungen zum NKH 2008	13
1.3 Rahmenbedingungen zur Haushaltsplanaufstellung	15
<b>2. Entwicklung des Haushaltes (Vorjahre)</b>	
2.1 Haushaltsvolumen der dem Haushaltsjahr vorausgehenden beiden Jahre	18
2.2 Abwicklung des Haushaltes 2006	19
2.3 Abwicklung des Haushaltes 2007	20
<b>3. Neuer Kommunalen Haushalt 2008</b>	
3.1 Vorbemerkung	21
3.2 Eckdaten des Haushaltsplans	21
3.3 Ergebnisplanung	23
3.3.1 Schaubild ordentliche Erträge	23
3.3.2 Schaubild ordentliche Aufwendungen	23
3.3.3 Abweichungen zur bisherigen Planung	24
3.3.4 Finanzplanung Folgejahre	25
<b>4. Darstellung einzelner Kontengruppen</b>	
4.1 Erträge	25
4.1.1 Steuern, Zuwendungen, allg. Umlagen	25
4.1.2 Transfererträge, Leistungsentgelte, Kostenumlagen u. -erstattungen	29
4.1.3 Sonstige ordentliche Erträge	30
4.2 Aufwendungen	30
4.2.1 Personal- u. Versorgungsaufwendungen	30
4.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31
4.2.3 Transferaufwendungen	32
4.2.4 Sonstige ordentliche Aufwendungen	33
<b>5. Finanzplan</b>	
5.1 Laufende Verwaltungstätigkeit	34
5.2 Investitionstätigkeit	35
5.3 Finanzierungstätigkeit	37
<b>6. Verpflichtungsermächtigungen</b>	37
<b>7. Verbindlichkeiten</b>	
7.1 Investitions- und Kassenkredite	37
7.2 Kreditaufnahmen	39

## **1. Allgemeines**

### **1.1 Vorwort**

Der Vorbericht soll einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben und die Entwicklung und aktuelle Lage der Gemeinde darstellen. Seine gesetzliche Grundlage findet sich im § 7 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW).

Bereits im zweiten Jahr stellt die Stadt Mülheim an der Ruhr einen kompletten Haushalt nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auf. Nachdem mit dem Haushalt 2007 zum ersten Mal seit vielen Jahren ein (fiktiver) Haushaltsausgleich dargestellt werden konnte und somit die Haushaltssatzung nach Anzeige bei der Bezirksregierung veröffentlicht werden durfte, gelingt es mit dem NKH 2008 erneut, einen Haushalt aufzustellen, der unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage als ausgeglichen gilt.

### **1.2 Erläuterungen zum NKH 2008**

Zur leichteren Lesbarkeit und zum besseren Verständnis der im Haushaltsplan ausgewiesenen Werte werden im Folgenden einige erläuternde Angaben gemacht:

#### **Wertgrenzen für den Ausweis von Investitionen in den Teilfinanzplänen**

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr hat in seiner Sitzung am 21.09.2006 beschlossen, dass für den Ausweis von Investitionen in den Teilfinanzplänen folgende Wertgrenzen gelten:

##### Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen

- a)** für Baumaßnahmen, den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, den Erwerb von Finanzanlagen auf **125.000 €** Gesamtauszahlungsbedarf
- b)** für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen auf **50.000 €** Gesamtauszahlungsbedarf

Für den Fall **a)** bezieht sich die Wertgrenze auf die Gesamtsumme der Auszahlungen über die gesamte Laufzeit der Maßnahme (die Summe aller Auszahlungsarten über alle Planjahre zuzüglich der bisher bereitgestellten Mittel).

Für den Fall **b)** orientiert sich die Wertgrenze an der Summe der Auszahlungen des Planjahres (die Summe aller Auszahlungsarten für das Planjahr), da diese Maßnahmen im Planjahr abgeschlossen werden.

Alle anderen Maßnahmen werden in der Übersicht über die Investitionsmaßnahmen bei den Teilfinanzplänen wie eine separate Maßnahme „unterhalb der Wertgrenze“ abgebildet.

### **Ziele und Kennzahlen**

Neue Elemente des Neuen Kommunalen Haushalts (NKH) sind Ziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung.

Der NKH 2008 weist flächendeckend Ziele und Kennzahlen für alle Produkte in den Produktgruppen aus. Gegenüber dem NKH 2007 wurden einige Ziele und Kennzahlen überarbeitet bzw. neu aufgenommen. Es wurde Wert darauf gelegt, dass nur möglichst handhabbare (operationale) Ziele und geeignete zielbezogene Kennzahlen in den NKH mit aufgenommen werden. Naturgemäß gestaltet sich dies bei einigen Produkten schwierig, sodass der Prozess der Zielbildung auch im zweiten Jahr des NKH noch nicht für alle Produkte endgültig abgeschlossen werden konnte. Dies wird in den textlichen Erläuterungen an mehreren Stellen dokumentiert. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Prozess der Zielfindung erst in den nächsten Jahren flächendeckend abgeschlossen sein wird.

Die oben gemachten Ausführungen gelten auch für die Kennzahlen zur Messung des Grades der Zielerreichung.

Das Programm zum Ausdruck des Haushaltsplans ist so konfiguriert, dass **Kennzahlen, die den Wert „Null“ (= 0) haben**, automatisch **nicht gezeigt** werden. Dies erklärt, dass an einigen Stellen eine Reihe von Kennzahlen unterbrochen wird. Sobald der Wert „0“ erreicht wird, wird diese Zahl aus technischen Gründen nicht ausgewiesen.

Ist z.B. der „Aufwanddeckungsgrad“ eine ausgewiesene Kennzahl und für eine Produktgruppe werden keinerlei Erträge erzielt, so wird regelmäßig keine Kennzahl ausgewiesen, da der Aufwanddeckungsgrad regelmäßig „0“ beträgt.

Für einige Produkte werden weder Ziele noch Kennzahlen ausgewiesen. Dies ist immer dann der Fall, wenn ein operationales Ziel noch nicht gefunden werden konnte.

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch nicht, dass ein Fachbereich mit seiner Produkterstellung keinerlei Ziele verfolgt, sondern, dass die genannten Ziele die obigen Anforderungen an eine Handhabbarkeit noch nicht erfüllen.

Zu den Produktgruppen werden standardmäßig sogenannte Pflichtkennzahlen „Aufwanddeckungsgrad“ und „Personalaufwandsquote“ ausgewiesen.

### **Planungshorizont**

Die Angaben zu den Zielen und Kennzahlen in einer Produktgruppe werden gemeinsam mit dem Teilergebnisplan und Teilfinanzplan für die jeweilige Produktgruppe beschlossen.

Die geplanten Ziele und Kennzahlen sind immer im Zusammenhang mit den geplanten monetären Werten in den Teilplänen zu sehen und sie beruhen auf der aktuellen Einschätzung der Situation zum Planungszeitpunkt. Das bedeutet, dass davon auszugehen ist, dass die angestrebten Ziele und Kennzahlen mit dem geplanten Budget zu realisieren sind. In Umkehrschluss berechtigt der Beschluss über eine Produktgruppe und die darin geplanten Ziele und Kennzahlen die Fachbereiche nicht zu späteren Nachforderungen/Höherveranschlagungen aufgrund der beschlossenen Ziele und Kennzahlen.

### **Rundungsdifferenzen**

Die Darstellung der Planansätze im vorliegenden Druckwerk erfolgt grundsätzlich in vollen Euro (gerundet). Da bei einigen Ansätzen im SAP-System jedoch mit Cent-Beträgen gearbeitet wird, kann es in den Summenzeilen der Ergebnis- und Finanzpläne zu leichten Rundungsdifferenzen kommen.

## **1.3 Rahmenbedingungen zur Haushaltsplanaufstellung**

Auch wenn mit der Verabschiedung des NKH 2007 ein (fiktiv) ausgeglichener Haushalt präsentiert werden konnte, war allen an der Planaufstellung Beteiligten bewusst, dass die Rahmenbedingungen zur Aufstellung des NKH 2008 sich nicht wesentlich verändert haben. Noch immer müssen aufgrund der seit Jahren vorliegenden desolaten Haushaltsslage alle Potentiale zur Haushaltssanierung auf der Ertrags- und der Aufwandsseite ausgeschöpft werden.

Obwohl im Jahr 2007 keine direkten Einschränkungen durch das sog. Nothaushaltsrecht mehr gegeben sind, das aufgrund der in den letzten Jahren nicht genehmigten Haushalte durch die Bezirksregierung galt, engen die externen Einflüsse im Rahmen einer realistischen Haushaltsplanaufstellung die kommunale Selbstverwaltung immer weiter ein.

Um die dauerhafte kommunale Leistungsfähigkeit sicherzustellen und weiterhin Handlungs- sowie Gestaltungsmöglichkeit zu erhalten, war daher –wie im Vorjahr– mindestens ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept anzustreben.

Aus diesem Grund wurden allen Fachbereichen sowie den Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen entsprechende Vorgaben für die Ansatzbildung 2008 ff. gemacht.

Nachfolgend werden die besonderen Eckpunkte, die bei der Planung zu berücksichtigen waren, aufgelistet:

1. Für das aktuelle Haushaltsjahr 2007 gilt nach wie vor ein strikter Sparkurs. Die Maßnahmen des Stadtkämmerers zur Reduzierung des planerischen Fehlbetrages (restriktive Mittelfreigaben, evt. haushaltswirtschaftliche Sperrungen o. ä.) um rd. 6 Mio. € werden vom Verwaltungsvorstand mitgetragen.
2. Die gegenwärtigen Finanzplandaten 2008 ff. sind die Budgetgrundlage für die Haushaltsplanaufstellung 2008 ff. Die Daten 2010 sind für 2011 zu übernehmen. Das Budget ist um die nachfolgenden Verbesserungen zu reduzieren. Ausweitungen sind grundsätzlich nicht zulässig.
3. Die Dezernate sind aufgefordert, für 2008 Haushaltskonsolidierungsvorschläge im Umfang von 6 Mio. € zu realisieren und diese entsprechend in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Das Amt 24 wird hierzu die konkrete Verteilung der Einsparsumme auf die Dezernate vorgeben. Hierzu wird für jedes Dezernat ein fiktives Jahresergebnis gebildet (Fehlbetrag aus FIP 2008, bereinigt um folgende Positionen: Auflösung von Sonderposten, aktivierte Eigenleistungen, Personalaufwendungen, Mieten an Eigenbetriebe, bilanzielle Abschreibungen, Aufwand Stiftungen). Die Zuschüsse an die Eigenbetriebe werden analog bereinigt. Zentrale Veranschlagungen (Allgemeine Personal- und Finanzwirtschaft) bleiben unberücksichtigt. Die Summe der so ermittelten Fehlbeträge wird ins Verhältnis zu den Dezernatsfehlbeträgen gesetzt; der sich dann ergebende Prozentsatz ist der einzusparende Anteil eines jeden Dezernates an den insgesamt zu erreichenden 6 Mio. €. Nachhaltige Maßnahmen sind hierbei für den kompletten Finanzplanungszeitraum zu berücksichtigen.
4. Die Personalaufwendungen (inkl. EB) verbleiben wie veranschlagt (Reduzierung um jährlich 1,5 %). Für 2011 ist diese Reduzierung fortzuschreiben.
5. Für die investiven Planungen gilt weiterhin gesamtstädtisch eine Nettoneuverschuldungslinie von 0 €. Durch die Gründung der Ruhrbania GmbH & Co. KG werden neben den Bauprojekten (Rückbau Ruhrstraße, Hafenbecken, Ruhrpromenade, Abbruch der Stadtbücherei, verschiedene Stichstraßen) sowie den Planungs- und Projektsteuerungskosten auch die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken (10,5 Mio. €) aus dem Haushalt herausgenommen. Die dann verbleibenden Ei-

genmittel, insbesondere im Bereich des Amtes 66, bleiben grundsätzlich erhalten. Eine Ausweitung ist nicht möglich. Verbesserungen auf der Einzahlungsseite, z. B. durch bewilligte Zuwendungen, sollen für dringend notwendige Investitionen des ImmobilienService genutzt werden.

6. Das (freiwillige) Haushaltssicherungskonzept ist fortzuschreiben. Für die mittelfristige Finanzplanung ist ein Entschuldungskonzept aufzustellen. Hierzu werden noch genauere Vorgaben / Aspekte durch das Dezernat II zu erarbeiten sein.
7. Die städtischen Beteiligungen werden in den vorgenannten Umsetzungsprozess eingebunden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte haben die Fachbereiche in enger Abstimmung mit dem Finanzdezernat alle Positionen geplant und ins System eingegeben. Die so ermittelten Planansätze für die Jahre 2008 bis 2011 wurden anschließend erneut überprüft und an einigen Stellen –teilweise aufgrund neuerer Erkenntnisse- nachgebessert. Die am 20.09.2007 eingebrachten Entwürfe der Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2007 - 2011 und der Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2008, die Wirtschaftspläne der städtischen Eigenbetriebe/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sowie die eingebrachte Fassung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 ff. sind in der Zeit vom 22.10.2007 bis 30.11.2007 in den Bezirksvertretungen, den Fachausschüssen und den Betriebsausschüssen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit beraten worden. Etwaige Änderungen sind - neben verwaltungsseitig notwendig gewordener Veränderungen - eingearbeitet worden. In seiner Sitzung am 13.12.2007 hat der Rat der Stadt den nun vorliegenden Haushaltsplan beschlossen.

## 2. Entwicklung des Haushaltes (Vorjahre)

### 2.1 Haushaltsvolumen der dem Haushaltsjahr vorausgehenden beiden Jahre

<b>Entwicklung des Haushaltes 2006</b>	
Führender Haushalt: Kameralistik	<b>RE</b>
alle Beträge in €	<b>2006</b>
<b>Einnahmen</b>	
Verwaltungshaushalt	411.199.251,10
Vermögenshaushalt	36.245.279,00
Summe Einnahmen	447.444.530,10
<b>Ausgaben</b>	
Verwaltungshaushalt	571.814.287,18
darin: Abdeckung Fehlbeträge	84.225.563,14
Vermögenshaushalt	36.245.279,00
Summe Ausgaben	608.059.566,18
<b>Gesamtergebnis</b>	
Überschuss (+) / Fehlbetrag, -bedarf (-)	<b>-160.615.036,08</b>

<b>Entwicklung des Haushaltes 2007</b>	
Komplett umgestellt auf NKF	<b>Ansatz</b>
alle Beträge in €	<b>2007</b>
<b>Erträge</b>	
ordentliche Erträge	445.014.134,00
Finanzerträge	13.847.840,00
Summe Erträge	458.861.974,00
<b>Aufwendungen</b>	
ordentliche Aufwendungen	471.777.653,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.183.700,00
Summe Aufwendungen	498.961.353,00
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-40.099.379,00</b>



## 2.2 Abwicklung des Haushaltes 2006 (Vorvorjahr)

### Verwaltungshaushalt

	Haushaltsplan 2006	Rechnungs- ergebnis 2006	Abweichung
Einnahme	357.650.000	411.199.251	53.549.251
Ausgabe (inkl. Abdeckung Altfehlbetrag)	541.340.000	571.814.287	30.474.287
Fehlbedarf	-183.690.000	-160.615.036	23.074.964
HSK (im Haushaltsplan 2006 enthalten)			
Einsparung durch stringente Mittelbewirtschaftung HSK	(5.000.000)		
Strategisches HSK (Optimierung von Strukturen und Prozessen)	2.800.000		
Optimierung ÖPNV / MVG	1.280.000		
Gesamtfehlbedarf incl. HSK	-179.610.000	-160.615.036	18.994.964

#### Wesentliche Abweichungen von den Planansätzen:

##### **Einnahmen:**

Mehreinnahme Gewerbesteuer	43,3 Mio. €
Gemeindeanteil Est./Ust.	2,2 Mio. €
Schlüsselzuweisungen	-3,4 Mio. €
Landesmittel Grundsicherung	2,8 Mio. €
Gebühren, Entgelte u.ä.	-1,8 Mio. €
Erstattungen/Leistungsbeteiligungen Hartz IV	19,6 Mio. €
Verzinsung innere Darlehen Stiftungen	-1,0 Mio. €
Konzessionsabgaben, Beteiligungserträge	-13,9 Mio. €
Sonstiges, per Saldo	5,7 Mio. €
<b>Gesamt:</b>	<b>53,5 Mio. €</b>

##### **Ausgaben:**

Sachausgaben	-5,2 Mio. €
Zuschüsse an Dritte, Eigenbetriebe	-2,8 Mio. €
Sozialhilfe, Hartz IV	24,0 Mio. €
Gewerbesteuerumlagen	10,4 Mio. €
Deckungsreserve HSK*	5,0 Mio. €
Sonstiges, per Saldo	-0,9 Mio. €
<b>Gesamt:</b>	<b>30,5 Mio. €</b>

\* wurde durch die Einsparungen bei den Sachausgaben u.a. umgesetzt

### **Vermögenshaushalt**

Der Vermögenshaushalt war bei Ansätzen von je 52.260.000 € in Einnahme und Ausgabe mit einem Ergebnis von **36.245.279 €** ausgeglichen.

## 2.3 Abwicklung des Haushaltes 2007 (Vorjahr)

alle Beträge in Mio. €	erwartetes Ergebnis 2007	fortgeschr. Ansatz 2007	erwartete Abweichung 2007
<b>Wesentliche Erträge</b>			
Grundsteuer	29,50	29,76	-0,26
Gewerbsteuer	175,00	120,00	55,00
Gemeindeanteil Einkommensteuer	63,30	58,20	5,10
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	8,20	7,90	0,30
Schlüsselzuweisungen	32,10	32,10	0,00
Kostenbet. und Aufwand	78,84	86,10	-7,26
öffentl.rechtl. Leistungsentgelte	36,16	36,69	-0,53
Komp. Familienleistungsausgleich	6,15	5,80	0,35
Landeserst. Wohngeldeinsparung (Hartz IV)	2,46	2,80	-0,34
Finanzerträge	13,73	13,85	-0,12
<b>Wesentliche Aufwendungen</b>			
Personalaufwendungen	92,30	92,30	0,00
Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	59,44	60,87	-1,43
Transferaufw. Sozialbereich (ohne Hartz IV)	47,19	44,68	2,51
Transferaufwendungen (Hartz IV)	101,44	105,43	-3,99
Gewerbsteuerumlagen	27,18	18,63	8,55
Umlage an LVR/RVR	30,69	31,64	-0,95
sonstige ordentl. Aufwendungen	74,19	74,61	-0,42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25,95	27,18	-1,23

Die oben dargestellte Abwicklung des Haushaltes 2007 beruht zum jetzigen Zeitpunkt auf Prognoseberichten zum 30.09.2007 und birgt selbstverständlich die mit einer Prognose einhergehenden bekannten Risiken.

Die **Gesamtprognose** schließt mit einem **positiven Jahresergebnis von rd. 3,17 Mio. €** ab. Bezogen auf den fortgeschriebenen Planansatz (rd. - 49,4 Mio. €), der die in 2006 gebildeten Haushaltsreste beinhaltet, die als Ermächtigungsübertragung auch das Haushaltsjahr 2007 belasten, ergibt sich per Saldo eine Verbesserung von rd. 52,6 Mio. €.

Die nach dem „Gesetzentwurf über die Leistungen von Abschlägen im Rahmen der Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen“ vom Land NRW an die Stadt Mülheim an der Ruhr zu erstattenden rd. 5,55 Mio. € sind in dem o.a. Ergebnis noch nicht enthalten.

### 3. Neuer Haushalt 2008 (akt. Haushaltsjahr)

#### 3.1 Vorbemerkung

Neben den bereits im Vorbericht zum Haushalt 2007 erläuterten „NKF-bedingten“ Änderungen wirken sich auf den NKH 2008 natürlich auch wieder (überwiegend) externe Einflüsse und Faktoren aus. Als gravierendster Punkt ist hier erneut die seit einigen Jahren **positive konjunkturelle Entwicklung** zu nennen, die sich auch in diesem Haushaltsjahr in der weiter ansteigenden **Gewerbsteuer** widerspiegelt. Der Planansatz wurde gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung **um 30 Mio. € auf nun 150 Mio. €** angepasst (vorauss. Ergebnis 2007: 175 Mio. €). Hierbei wurden u.a. die aktuellsten Steuerschätzdaten aus 2007 sowie die Mülheim-spezifischen Einflüsse berücksichtigt. Diese positive Entwicklung führt allerdings zum einen bei den **Gewerbsteuerumlagen zu einem erhöhten Aufwand** und zum anderen (zeitversetzt) bei den **Schlüsselzuweisungen zu geringeren Erträgen**, da hier die sogenannte Steuerkraft Mülheims eine Rolle bei der Verteilung spielt. Die **Auswirkungen aus der Unternehmenssteuerreform** sind trotz ungewisser Grundlagen zur Quantifizierung mit vorsichtigen **Schätzwerten (Reduzierungen)** in den Ansätzen berücksichtigt worden. Wie bereits in den Vorberichten der letzten Jahren angesprochen, darf trotz der erfreulichen Entwicklung im Bereich der Steuereinnahmen dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier eine große Planungsunsicherheit vorliegt, da die entsprechenden Erträge nicht auf Jahre hinweg gesichert sind. Noch immer steht die **Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform** im Raum, die es den Kommunen erlaubt, eine gesicherte Finanzplanung ohne große konjunkturelle Schwankungen vorzunehmen. Der erste Schritt in diese Richtung wurde zwar mit der o.a. Unternehmenssteuerreform gemacht, die endgültigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bleiben jedoch zunächst abzuwarten.

#### 3.2 Eckdaten des Haushaltsplans

alle Beträge in €	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Ordentliche Erträge	474.165.297	468.126.449	494.235.745	509.395.577
Ordentliche Aufwendungen	485.566.132	488.252.018	487.784.809	485.105.270
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-11.400.835</b>	<b>-20.125.569</b>	<b>6.450.936</b>	<b>24.290.307</b>
Finanzergebnis	-12.262.300	-15.489.900	-16.345.000	-16.402.300
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-23.663.135</b>	<b>-35.615.469</b>	<b>-9.894.064</b>	<b>7.888.007</b>

Unter Berücksichtigung der oben genannten Jahresergebnisse sowie der Prognose für 2007, die mit einem Überschuss abschließt, entwickelt sich der Bestand der Ausgleichsrücklage wie folgt:

	<b>2008</b>
<b>Anfangsbestand</b> (01.01.2007)	<b>74.412.418 €</b>
<b>Fehlbedarf 2007</b>	<b>0 €</b>
<b>Fehlbedarf 2008</b>	<b>-23.663.135 €</b>
<b>Endbestand</b>	<b>50.749.283 €</b>
<b>Zusätzliche Inanspruchnahme der allg. Rücklage</b>	<b>0 €</b>

Dieser Darstellung ist zu entnehmen, dass der gesamte **Fehlbedarf** des Jahres **2008** durch die Inanspruchnahme der **Ausgleichsrücklage abgedeckt** werden kann. Gemäß § 75 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) gilt der **Haushalt 2008** somit als **ausgeglichen (fiktiv)**. Es besteht eine Anzeigepflicht der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf als Kommunalaufsicht.

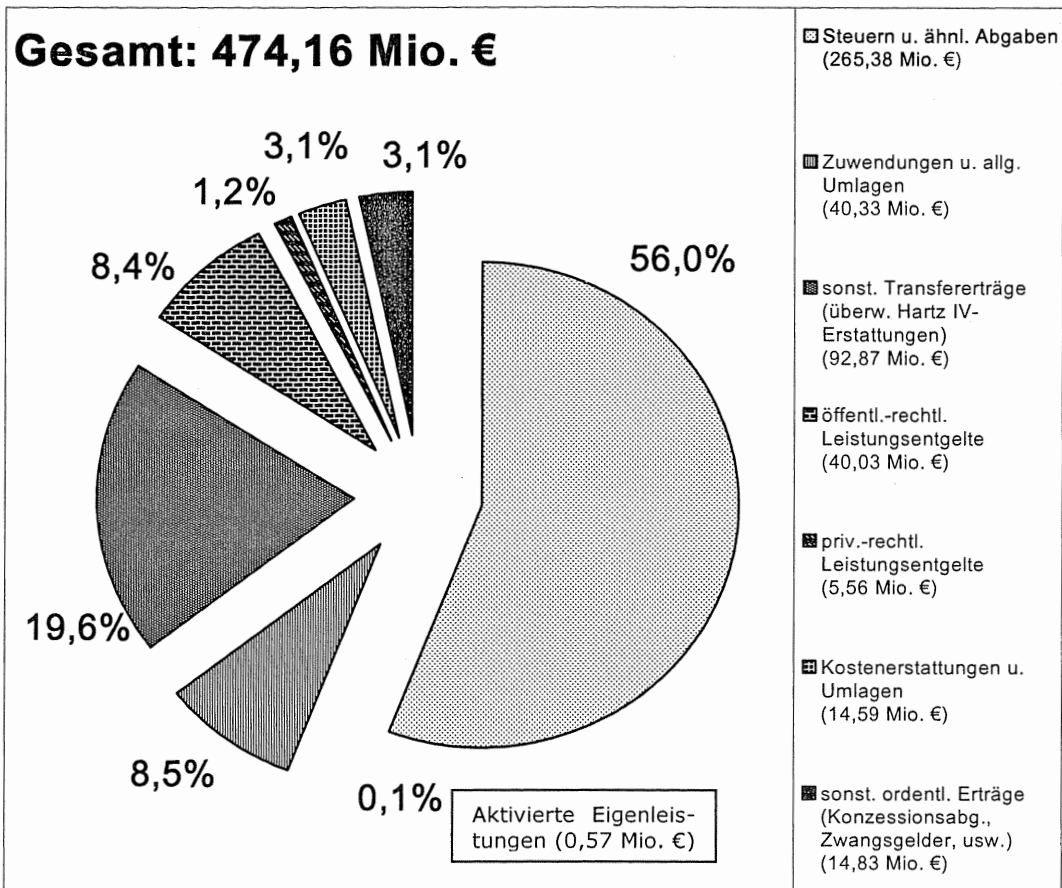
Auch in der **mittelfristigen Ergebnisplanung** reicht die Ausgleichsrücklage aus, um die Fehlbedarfe abzudecken. Vor diesem Hintergrund ist **kein** genehmigungspflichtiges **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen. Da jedoch bereits im Planaufstellungsverfahren entsprechende Haushaltssicherungsmaßnahmen beschlossen und auch umgesetzt wurden und die Konsolidierungsnotwendigkeit weiterhin sehr groß ist, liegt ein freiwilliges HSK dem NKH 2008 bei. Die Entwicklung der allgemeinen Rücklage wird durch das folgende Schaubild verdeutlicht:

Stand: 13.12.2007 (Ratsbeschluss)	<b>Progn. 2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>Jahresergebnis</b>	3.165.101 €	-23.663.135 €	-35.615.469 €	-9.894.064 €	7.888.007 €
<b>Ausgleichsrücklage</b>	74.412.418 €	74.412.418 €	50.749.283 €	15.133.814 €	5.239.750 €
<b>Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage</b>	0 €	23.663.135 €	35.615.469 €	9.894.064 €	0 €
<b>verbleibendes Defizit</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Allgemeine Rücklage</b>	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €
<b>Inanspruchnahme</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>(gleich ... %)</b>	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
<b>Endbestand allgemeine Rücklage</b>	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €	768.350.841 €
1/4 der allg. Rücklage:	192.087.710 €	192.087.710 €	192.087.710 €	192.087.710 €	192.087.710 €
1/20 der allg. Rücklage:	38.417.542 €	38.417.542 €	38.417.542 €	38.417.542 €	38.417.542 €

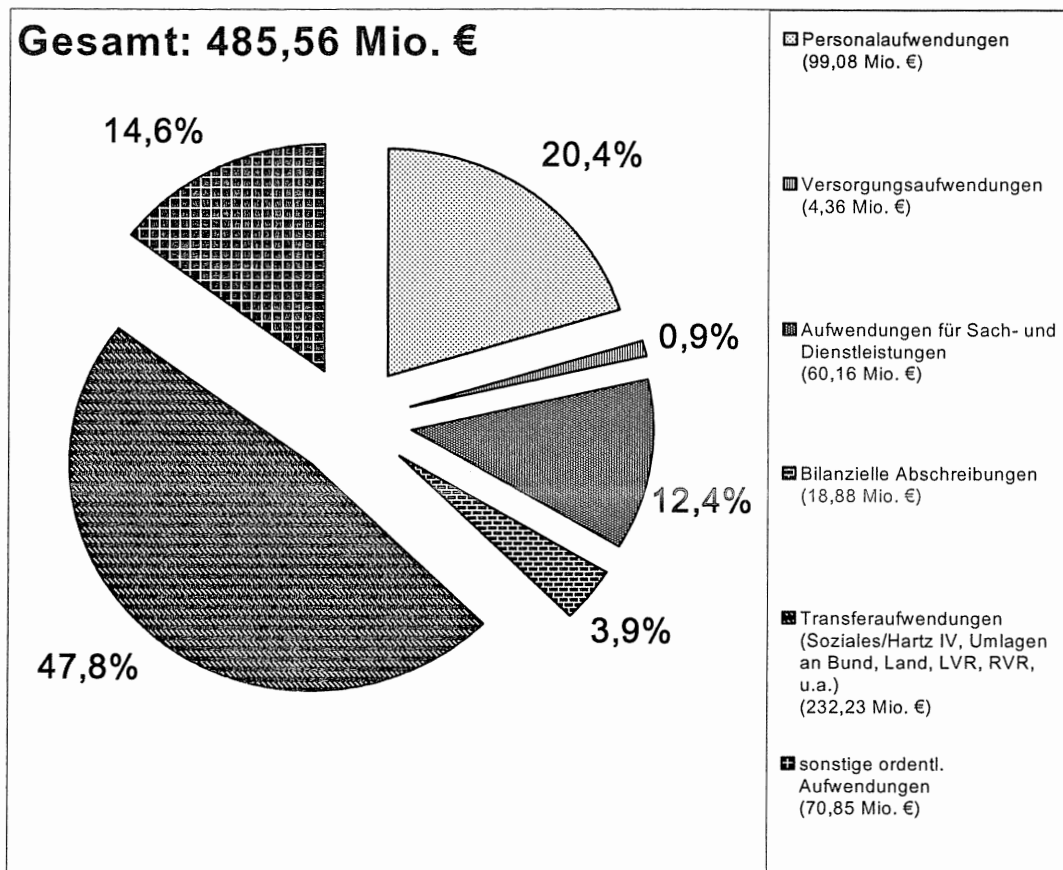
Zur Vermeidung von Wiederholungen wird an dieser Stelle auf eine nähere Erläuterung zur Haushaltskonsolidierung verzichtet und auf die gesonderte Anlage HSK zum Haushaltsplan verwiesen.

### 3.3 Ergebnisplanung

#### 3.3.1 Schaubild ordentliche Erträge



#### 3.3.2 Schaubild ordentliche Aufwendungen



### **3.3.3 Abweichungen zur bisherigen Planung (Finanzplanungsjahr 2008)**

Als herausragende positive Veränderung fällt in erster Linie die erneute Verbesserung im Bereich der Steuern und ähnlichen Abgaben auf. Hier ist erneut die Ansatzerhöhung der Gewerbesteuer ausschlaggebend. Dies führt jedoch -wie bereits oben erwähnt- zu einer erhöhten Gewerbesteuerumlage sowie zu (zeitversetzt, hier ab 2009) niedrigeren Schlüsselzuweisungen.

Bei den Personalaufwendungen musste für 2008 eine Steigerung von rd. 2,2 Mio. € eingeplant werden (u.a. Ausweitung der offenen Ganztagschule, Auswirkungen des neuen Tarifrechts, „Initiative Ausbildung“ sowie absehbare Tarifsteigerungen), die auch in 2009 ff. hineinwirkt. Die Einsparung von jährlich 1,5 % ist ab 2008 eingerechnet. Die hierüber hinausgehende Ausweitung von rd. 6,5 Mio. € begründet sich darin, dass im Rahmen der Veränderungsnachweisung die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Mülheimer Grün und Wald in den Kernhaushalt als eigenständiger Fachbereich überführt wurde. Ferner wurden Teilbereiche aus dem ImmobilienService in die neue Stabsstelle ÖPP transferiert. Die bisher in den Wirtschaftsplänen veranschlagten Personalaufwendungen (die über den Verlustausgleich als sonstige ordentliche Aufwendung im NKH nachgewiesen wurden) sind nun bei den Personalaufwendungen im Kernhaushalt aufzustocken.

Auch bei den übrigen Erträgen und Aufwendungen kam es durch die komplette „Überführung“ des Wirtschaftsplanes „Mülheimer Grün und Wald“ zu leichten Veränderungen im Kernhaushalt, die jedoch insgesamt haushaltsneutral sind.

Bei den Transferaufwendungen mussten insgesamt rd. 10 Mio. € mehr veranschlagt werden, die sich u.a. aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage, einer Steigerung bei der Umlage an den Landschaftsverband Rheinland und aus erhöhten Transfererträgen begründen.

Insgesamt wurde das planerische Defizit 2008, das im Haushaltsplan 2007 noch mit 45,29 Mio. € angesetzt war, durch überwiegend externe Einflüsse (u.a. sprudelnde Steuereinnahmen) auf nunmehr 23,66 Mio. € reduziert.

### **3.3.4 Finanzplanung Folgejahre**

<b>Finanzplanung 2008 - 2011</b>				
alle Beträge in 1.000 €	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>474.165</b>	<b>468.126</b>	<b>494.236</b>	<b>509.396</b>
davon wesentliche Positionen				
Grundsteuer	29.664	30.104	30.554	31.014
Gewerbesteuer	150.000	153.200	163.000	172.500
Gemeindeanteil ESt./USt.	75.200	79.800	83.600	87.200
Schlüsselzuweisungen	17.700	4.200	16.600	19.100
sonst. Transfererträge (überw. Hartz IV)	92.866	91.525	90.462	89.354
öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	40.030	40.056	40.038	39.898
Kostenerstattungen / Kostenumlagen	14.591	14.857	14.676	14.571
sonst. ordentl. Erträge	14.834	14.829	14.824	14.819
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>485.566</b>	<b>488.252</b>	<b>487.785</b>	<b>485.105</b>
davon wesentliche Positionen				
Personalaufwendungen	99.082	98.962	97.516	96.091
Versorgungsaufwendungen	4.356	4.105	4.130	4.130
Aufwendungen Sach-/Dienstleistungen	60.165	59.457	59.072	58.939
Bilanzielle Abschreibungen	18.882	19.503	19.524	20.058
Gewerbesteuerumlagen	20.740	21.840	23.930	25.330
Umlage an Landschaftsverband	32.900	32.900	32.900	32.900
Sozialleistungen (inkl. Jugendh./Hartz IV)	151.262	149.557	147.842	146.127
sonst. ordentl. Aufwendungen	70.852	74.637	74.477	74.296
<b>Finanzergebnis</b>				
Finanzerträge	14.767	14.548	14.433	15.181
Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen	27.030	30.038	30.778	29.783

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat auch unter den Regelungen des NKF die größtmögliche Planungsgenauigkeit eingehalten. Alle Sachkonten wurden für den gesamten Planungszeitraum einzeln beplant.

Bei der Aufstellung der Planung wurden erkennbare Entwicklungen und vorliegende gesicherte Erfahrungswerte sowie Orientierungsdaten zur Ermittlung der Ansätze berücksichtigt.

## **4. Darstellung einzelner Kontengruppen**

### **4.1 Erträge**

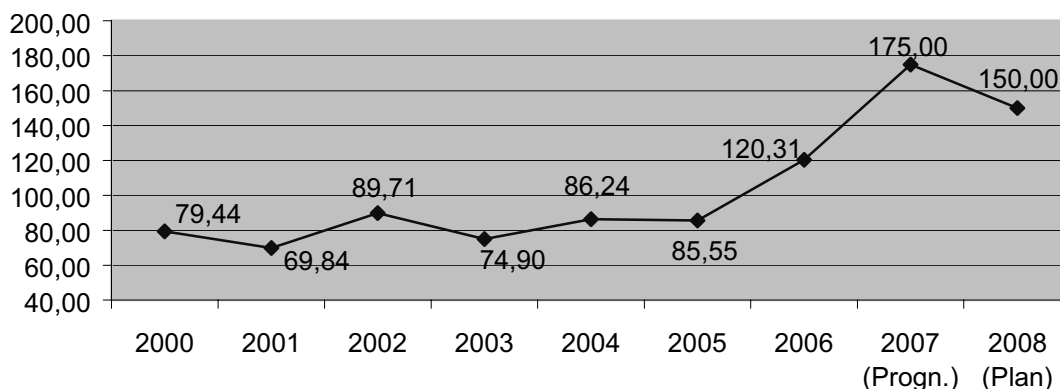
#### **4.1.1 Steuern, Zuwendungen, allg. Umlagen**

Nach den Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts sind Steuern nachrangig zu erheben. Die kommunalen Steuern (Gewerbe-, Grund-, Vergnügungs- und Hundesteuer) sind jedoch faktisch die Hauptfinanzierungsquelle des Haushaltes. Leider sind diese Ertragsquellen jedoch nur bedingt beeinflussbar.

Besonders bei der **Gewerbesteuer** zeigt sich, dass die Kommunen keine mittelfristige Planungssicherheit haben, da jede konjunkturelle Schwankung allgemein, sowie Standortverlagerungen oder (steuerliche) Neugliederung einzelner Konzerne im speziellen, zu „ungewissen“ Ergebnissen führen. Die für das Jahr 2004 geplante Gemeindefinanzreform hat in ihrer stark „abgespeckten“ Form leider keine wesentlichen Verbesserungen gebracht. Wie bereits in den Vorbemerkungen zum Haushalt 2008 (Punkt 3.1) angesprochen, profitiert Mülheim an der Ruhr bei den Gewerbesteuereinnahmen vor allem von einigen wenigen großen Steuerzahlern, die in den letzten Jahren durch positive Geschäftsentwicklungen entsprechende Einnahmen gesichert haben. So zahlen rund **1 % aller** (Vorauszahlungen leistender) **Gewerbesteuerpflichtigen** einen Großteil von rund **67,5 % der laufenden Gewerbesteuervorauszahlungen**. Dieses Verhältnis macht deutlich, wie sehr Mülheim von den großen Steuerzahlern abhängig ist. Würde sich das Volumen der Vorauszahlungen auf eine breitere Masse verteilen, so wären wahrscheinlich weniger sprunghafte Änderungen zu verzeichnen.

Aufgrund unerwartet hoher Zugänge durch Steuernachveranlagungen sowie der guten konjunkturellen Lage wird für 2007 bei einem Planansatz von 120 Mio. € mit einem Ergebnis von rund 175,0 Mio. € gerechnet. Unter Berücksichtigung Mülheim-spezifischer Faktoren und der Steigerungsraten der aktuellen Steuerschätzungen aus 2007 wird für das Jahr 2008 ein Ansatz von 150,0 Mio. € eingeplant. Hierbei wurden auch – soweit möglich - die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform entsprechend berücksichtigt.

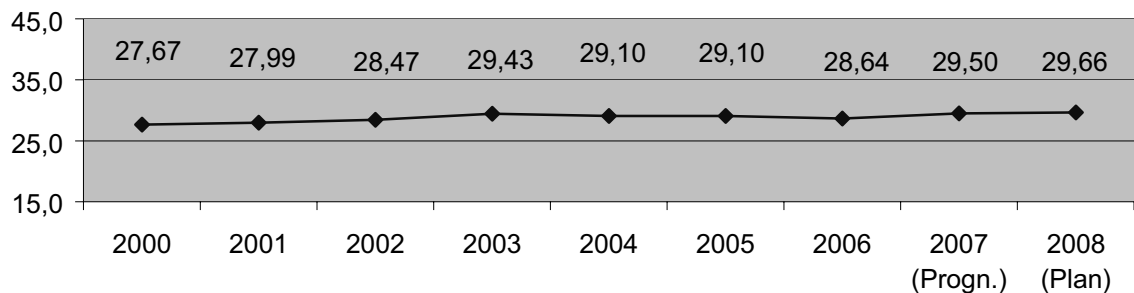
## Gewerbesteuer





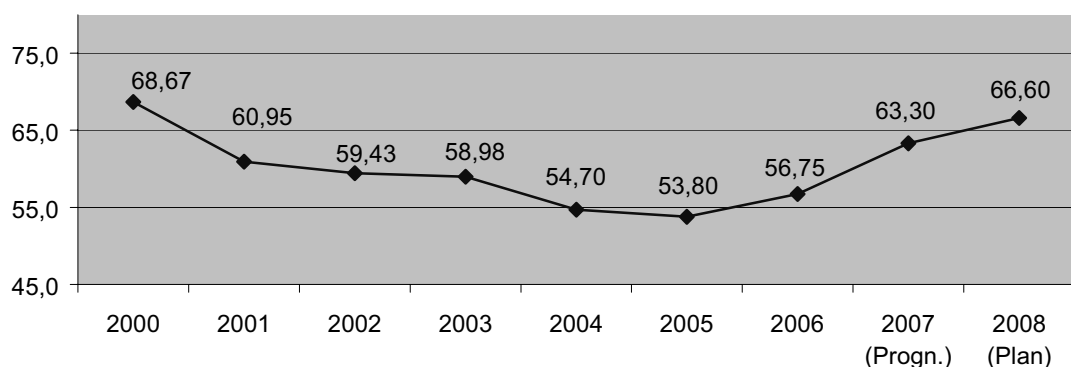
Eine weitere nur mittelbar beeinflussbare Ertragsquelle stellt die **Grundsteuer** dar. Aus der folgenden Grafik ist jedoch ersichtlich, dass hier in den letzten Jahren nur geringe Schwankungen vorkamen, die aufgrund von einigen Neubaugebieten entstanden. Größere Veränderungen lassen sich für die Zukunft derzeit nicht erkennen. Auch bei der Grundsteuer wurden die Steigerungsraten der Steuerschätzung aus 2007 eingerechnet.

### Grundsteuer



Von der Kommune nicht beeinflussbar ist die zweitgrößte Steuereinnahmequelle, der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**. Hier spiegeln sich in den zurückliegenden Jahren vor allem die Steuerentlastungen aufgrund geänderter Bundesgesetze wider, die den Steueranteil der Bundesländer und somit auch der Kommunen bis 2005 immer weiter haben sinken lassen. Seit 2006 sind glücklicherweise wieder Zuwächse zu verzeichnen. Während für 2005 der Ansatz (54,6 Mio. €) im Ergebnis (53,8 Mio. €) leicht unterschritten wurde, konnte in 2006 der Ansatz um rd. 1,95 Mio. € überschritten werden. Für 2007 kann mit einer noch dynamischeren Entwicklung, nämlich einer Verbesserung um rd. 5,1 Mio. gegenüber dem Planansatz (58,2 Mio. €) gerechnet werden. Unter Berücksichtigung der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse über die Rahmenbedingungen für das nächste Jahr wird der Ansatz für 2008 mit 66,6 Mio. € veranschlagt.

### Gemeindeanteil an der Einkommensteuer



Bei den Schlüsselzuweisungen handelt es sich um allgemeine Zuweisungen, die nach einem festgelegten „Schlüssel“ finanzkraftabhängig berechnet und den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) werden die Mittel aus dem Steuerverbund des jeweiligen Jahres, die für die Verteilung als Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehen (Schlüsselmasse) bestimmt.

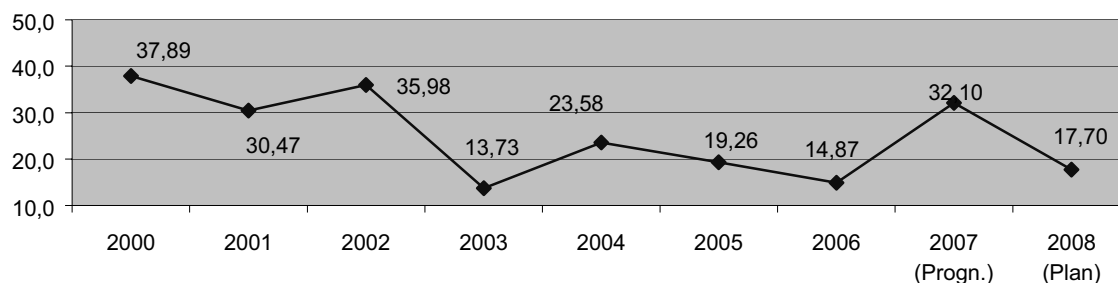
Die Höhe der Schlüsselzuweisungen ergibt sich für jede Gemeinde aus der Differenz zwischen der Ausgangsmesszahl – die den normierten Ausgabenbedarf zu quantifizieren versucht – und der Steuerkraftmesszahl, die durch Anwendung normierter Hebesätze die Steuerkraft der Gemeinde wiedergeben soll.

Nach einer Reduzierung der Schlüsselmasse in 2006 infolge des Abzugs hoher Kreditierungen aus Vorjahren stieg die Schlüsselmasse für 2007 für die Gemeinden um 15,6 v. H. an, obwohl sich die Herausnahme der Grunderwerbsteuer aus dem Steuerverbund für die Gemeinden nachteilig ausgewirkt hat.

Gemäß Ergänzungsvorlage zum Regierungsentwurf des GFG 2008 ist eine Summe für die Gemeinden in Höhe von 5.081,09 Mio. € vorgesehen (plus 12,9 v. H. gegenüber Vorjahr).

Der genaue Zuweisungsbetrag für die einzelnen Gemeinden wird im Auftrage des Innenministeriums vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik ermittelt und zur Auszahlung angewiesen. Die aktuelle Modellrechnung (Stand: November 2007) weist für Mülheim an der Ruhr einen Schlüsselzuweisungsbetrag für das Jahr 2008 in Höhe von rd. 17,7 Mio. € aus.

### Schlüsselzuweisungen



Die Ansätze für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2011 beruhen auf eigenen Modellrechnungen. Dabei wurde die voraussichtliche Mülheimer Steuerkraft für die Zukunft anhand der veranschlagten Beträge für die Steuern und

steuerähnlichen Einnahmen ermittelt. Die künftig zur Verteilung bereitstehenden Verbundbeträge im Rahmen der GFG-Gesetzgebung können nur geschätzt werden. Mögliche Steigerungsraten der künftigen Schlüsselmasse wurden dem Orientierungsdatenerlass für NRW vom 04. 09. 2007 entnommen (2009: plus 5,1 %; 2010: plus 4,7 %; 2011: plus 4,3 %).

Trotz einer angenommenen Steigerung bei der Schlüsselmasse wird für 2009 ein wesentlich geringerer Schlüsselzuweisungsbetrag erwartet, da die Mülheimer Steuerkraft in der für das GFG 2009 maßgebenden sog. Referenzperiode - insbesondere aufgrund hoher Gewerbesteuereinnahmen im II. Halbjahr 2007 - überdurchschnittlich hoch sein wird.

#### **4.1.2 Transfererträge, Leistungsentgelte, Kostenumlagen u. –erstattungen**

Die in den Kontengruppen 42 bis 44 abgebildeten Erträge sind mit dem kameralen Haushalt nicht mehr deckungsgleich. In den Vorberichten der letzten Jahre wurden unter der Position „sonstige Einnahmen (Gebühren Erstattungen u.ä.)“ die Gruppierungen 1 (Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb) und 2 (sonstige Finanzeinnahmen) sowie ein Teil der Gruppierung 0 (Ausgleichsleistungen) zusammengefasst dargestellt. Im NKH ist aufgrund der geänderten Zuordnung eine andere Abbildung erforderlich.

Die **sonstigen Transfererträge** in Höhe von rund **92,9 Mio. €** setzen sich fast ausschließlich aus den **Erstattungen für Sozialleistungen** (inkl. Hartz IV) zusammen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte**, die im Haushaltsjahr 2007 mit rd. 36,7 Mio. € veranschlagt wurden, sind grob vergleichbar mit der kameralen Gruppierung 10-12 (Verwaltungs- u. Benutzungsgebühren, ähnliche Entgelte). In 2008 ist eine Steigerung auf rd. **40 Mio. €** zu verzeichnen, die ebenfalls auf die „Wiedereingliederung“ der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Mülheimer Grün und Wald (Friedhofsgebühren) zurückzuführen ist.. Die **Benutzungsgebühren** machen hierbei **32,4 Mio. €** und die **Verwaltungsgebühren** rund **5,6 Mio. €** aus. Ferner kommen noch Erträge aus der **Auflösung** von **Sonderposten** von rund **2 Mio. €** hinzu. Ähnliches gilt für einen Teilbereich der Kontengruppe 44 (**privatrechtliche Leistungsentgelte**), der mit rd. **5,6 Mio. €** geplant wurde und grob der bisherigen Gruppierung 13-15 (Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonst. Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen) entspricht.

Bei den **Kostenerstattungen u. Kostenumlagen**, die in Höhe von **14,6 Mio. €** veranschlagt wurden, stechen 3 Positionen besonders hervor. Zunächst werden

hier die **Erstattungen des Bundes für Verwaltungskosten** der Stadt für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem **SGB II** in Höhe von rd. **6,8 Mio. €** nachgewiesen; ein weiterer großer Betrag in Höhe von rd. **4 Mio. €** entfällt auf die Erstattung für Kosten des **Müllheizkraftwerks** im Bereich des Amtes 70. Der dritte wesentliche Posten (rd. **3 Mio. €**) beinhaltet die Erstattung der **Verwaltungsumlage** durch die **Eigenbetriebe/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**.

#### **4.1.3 Sonstige ordentliche Erträge**

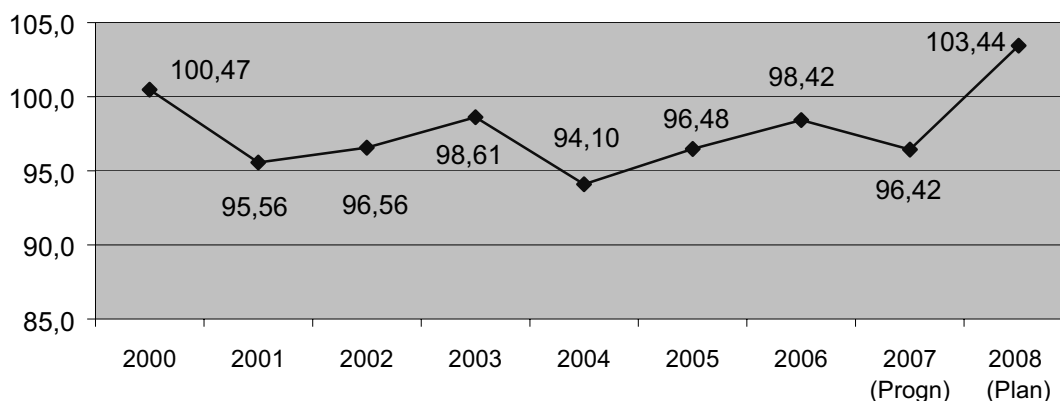
Die im NKH 2008 in der Kontengruppe 45 als sonstige ordentliche Erträge geplanten Beträge in Höhe von insgesamt rd. **14,8 Mio. €** setzen sich aus **Konzessionsabgaben (rd. 11,4 Mio. €)**, **Buß-, Zwangs- und Verwarnungsgeldern (rd. 1,8 Mio. €)**, **Säumniszuschlägen (0,4 Mio. €)** sowie weiteren sonstigen Erträgen zusammen.

### **4.2 Aufwendungen**

#### **4.2.1 Personal- und Versorgungsaufwendungen**

Bei der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen sind ab dem Haushaltsjahr 2007 NKF-bedingte Änderungen zu berücksichtigen. Wurden bis einschließlich 2006 unter kameralen Bedingungen noch die tatsächlichen Auszahlungen (auch für Versorgungsempfänger) berücksichtigt, so werden ab 2007 nur noch die ergebniswirksamen Aufwendungen, nämlich die Regelzahlungen für aktive Beamte und tariflich Beschäftigte, Beihilfen sowie die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen sowie für Altersteilzeit im Ergebnisplan abgebildet. Aus diesem Grund kann man anhand der u.a. Zahlen nicht von einem Rückgang der Aufwendungen von 2006 nach 2007 in Höhe von rd. 2 Mio. € ausgehen.

### **Personal- u. Versorgungsaufwendungen**



Durch die **Neuorganisation des Sozialamtes** und der - durch Beschlussfassung des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr - geschaffenen Sozialagentur wurde die Möglichkeit genutzt, einen **Großteil** der mit Bundesaufgaben ausgestatteten **vakanten Stellen** mit überzähligen Kräften **aus dem eigenen Hause zu besetzen** und die Bundeszuschüsse in Anspruch zu nehmen.

So ist es gelungen, **51 Mitarbeiter/innen** in die Sozialagentur umzusetzen. Dies entspricht einer **Reduzierung** der Personalaufwendungen in Höhe von rd. **2,5 Mio. €**. Allerdings werden Personalkostenerstattungen von Dritten direkt in den Ertragspositionen der Fachbereiche gebucht, so dass sich im **Personalkostenetat** der Stadt die **Neutralisierung der Aufwendungen nicht zeigt**.

Für 2008 musste **gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung** zunächst eine Steigerung von rd. 2,2 Mio. € eingeplant (u.a. Ausweitung der offenen Ganztagschule, Auswirkungen des neuen Tarifrechts, „Initiative Ausbildung“ sowie absehbare Tarifsteigerungen) werden. Daneben wird eine Steigerung von rd. 6,5 Mio. € abgebildet, die sich aus der Tatsache ergibt, dass die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Mülheimer Grün und Wald in den Kernhaushalt als eigenständiger Fachbereich überführt wurde. Ferner wurden Teilbereiche aus dem ImmobilienService in die neue Stabsstelle ÖPP transferiert. Die bisher in den Wirtschaftsplänen veranschlagten Personalaufwendungen (die über den Verlustausgleich als sonstige ordentliche Aufwendung im NKH nachgewiesen wurden) sind nun bei den Personalaufwendungen zu planen. **Gegenüber 2007** bedeutet dies eine **Ausweitung von rd. 7 Mio. €**.

#### **4.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Der Bereich der hier abgebildeten Sachkonten ist nicht gleichzusetzen mit den kameralen Gruppierungen 5 und 6 (sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand). Die bisher in diesen Gruppierungen geplanten Positionen finden sich nur zum Teil unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wieder; wesentliche Positionen werden nun bei den Transferaufwendungen (Kontengruppe 53) bzw. den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Kontengruppe 54) abgebildet. Hier hat es erhebliche Verschiebungen von der kameralen zur doppischen Planung gegeben. Eine grafische Darstellung der Entwicklung der Aufwandspositionen ist daher nicht mehr aussagekräftig.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** werden mit einem Volumen von rund **60,16 Mio. €** geplant. Hiervon entfallen auf die **Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen** allein rund **19,4 Mio. €**.

Ein weiterer großer Bereich wurde in Höhe von rd. **18,9 Mio. €** bei den **Erstattungen an verbundene Unternehmen** veranschlagt. Hier sind u.a. das Leistungsentgelt an die **MEG** sowie Zahlungen an das **Müllheizkraftwerk Karnap** in Höhe von rd. **17,3 Mio. €** abgebildet sowie die Leistungen im Rahmen der **Geschäftsbesorgungsverträge** an die **MST und Mülheim & Business** in Höhe von insgesamt **rd. 1,53 Mio. €**.

Weitere erwähnenswerte wesentliche Positionen entfallen auf **Schülerbeförderungskosten (2,27 Mio. €)**, **Materialaufwendungen (1,6 Mio. €)** sowie **Fremdleistungen (10 Mio. €; davon 2,11 Mio. € an den MSS)**. Die restlichen Positionen verteilen sich u.a. auf sonstige Verwaltungs- bzw. Betriebskosten.

#### **4.2.3 Transferaufwendungen**

Die sogenannten Transferaufwendungen, die es in dieser zusammengefassten Form in der Kameralistik nicht gab, setzen sich aus unterschiedlichsten Positionen zusammen. Der größte Anteil in Höhe von rund **151,3 Mio. €** entfällt dabei auf die Aufwendungen des **Sozialamtes (davon allein Hartz IV i.H.v. 106,5 Mio. € und Kinder- u. Jugendhilfe 13,9 Mio. €)**; sowie Asylbewerber, Sozialhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, u.a.).

Ein weiterer großer Bereich sind die **Zuschüsse an übrige Bereiche** mit einem Volumen von rd. **23 Mio. €**. Hier werden u.a. die Zahlungsströme an die Stiftungen (9 Mio. €), die Leistungen an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder (10 Mio. €) sowie die Zuschüsse an Vereine und Verbände abgebildet.

Ebenfalls bei den Transferaufwendungen zu planen sind die **Gewerbesteuerumlagen** in Höhe von **20,74 Mio. €**, die in Abhängigkeit zu den Gewerbesteuererträgen stehen. Nach einem bestimmten Berechnungsschlüssel sind Teile der Gewerbesteuererträge als Umlage wieder abzuführen.

Die in der Kameralistik bis 2006 in der Gruppierung 08 (Finanzausgaben) abgebildeten, an den **Landschaftsverband Rheinland (LVR)** und den **Regionalverband Ruhr (RVR)** zu leistenden Umlagen, finden sich im Neuen Kommunalen Haushalt ebenfalls unter den Transferaufwendungen wieder. Für das Haushaltsjahr 2008 wurden die zu zahlenden Umlagen für den **LVR mit 32,9 Mio. €** und für den **RVR mit 1,36 Mio. €** eingeplant.

Als letzte wesentliche Position in der Kontengruppe 53 ist die **Krankenhausfinanzierungsumlage** zu nennen, die bis 2006 mit 900.000 € im Vermögenshaushalt veranschlagt wurde, aufgrund der Vorschriften des NKF nun jedoch im konsumti-

ven Bereich abzubilden ist. Die Krankenhausfinanzierungsumlage wurde für 2007 vom Land verdoppelt und ist unter Berücksichtigung des vorliegenden Festsetzungsbescheides für 2007 über rd. 2,05 Mio. € für 2008 mit **2,1 Mio. €** veranschlagt.

#### **4.2.4 Sonstige ordentliche Aufwendungen**

In der Kontengruppe 54 (sonstige ordentliche Aufwendungen) finden sich u.a. Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Dienst- und Schutzkleidung, Mieten, Pachten, Leasing, ehrenamtliche Tätigkeiten, Geschäftsaufwendungen, Beiträge zu Versicherungen und Berufsverbänden sowie Aufwendungen für Schadensfälle wieder. Insgesamt ist hier ein Volumen in Höhe von **70,85 Mio. €** veranschlagt.

Den betragsmäßig größten Bereich mit **rd. 37 Mio. €** beanspruchen hier die internen Miet- und Mietnebenkosten an die Eigenbetriebe (ImmobilienService, Mülheimer SportService und Kulturbetrieb).

Mit einem Volumen von rd. **22,3 Mio. €** wurden die **Verlustübernahmen der Eigenbetriebe** veranschlagt. Diese teilen sich wie folgt auf:

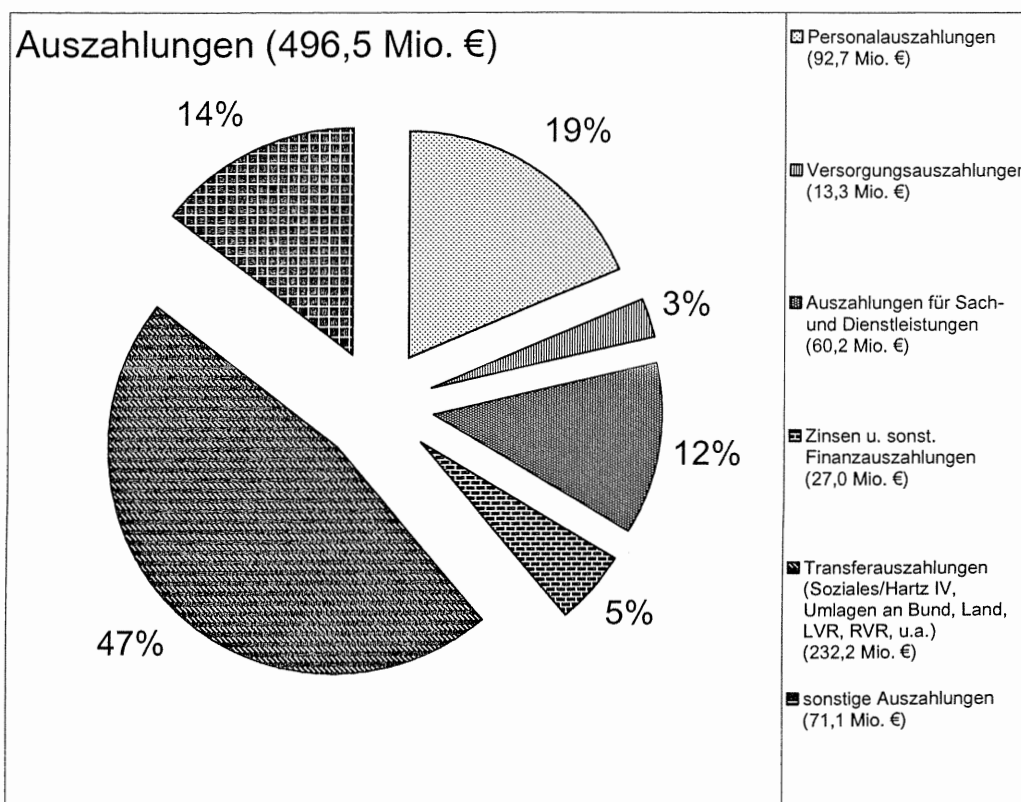
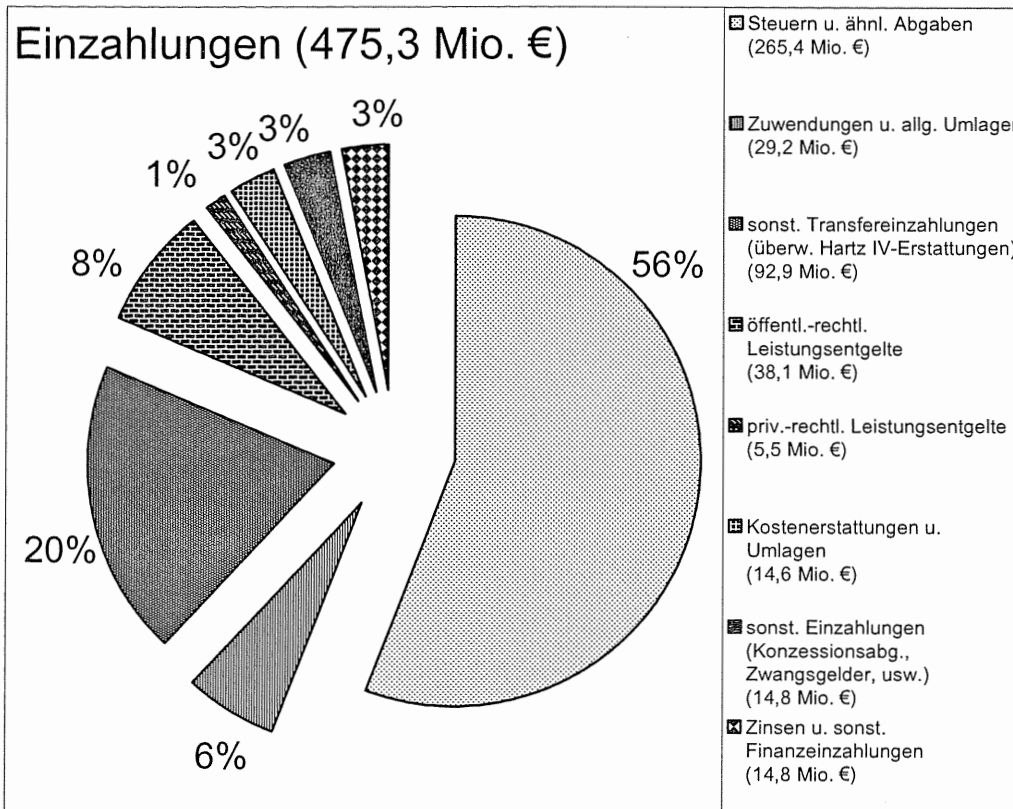
ImmobilienService:	2.195 T€
Kulturbetrieb	12.339 T€
Mülheimer SportService	7.768 T€

Die restlichen Aufwendungen verteilen sich auf die oben erwähnten, in dieser Kontengruppe zusammengefassten Geschäftsvorfälle.

## 5. Finanzplan

### 5.1 Laufende Verwaltungstätigkeit

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit schließt mit einem **negativen Cashflow** in Höhe von **21,2 Mio. €** ab. Die folgenden Grafiken verdeutlichen die Verteilung der Ein- und Auszahlungen im Finanzplan 2008.





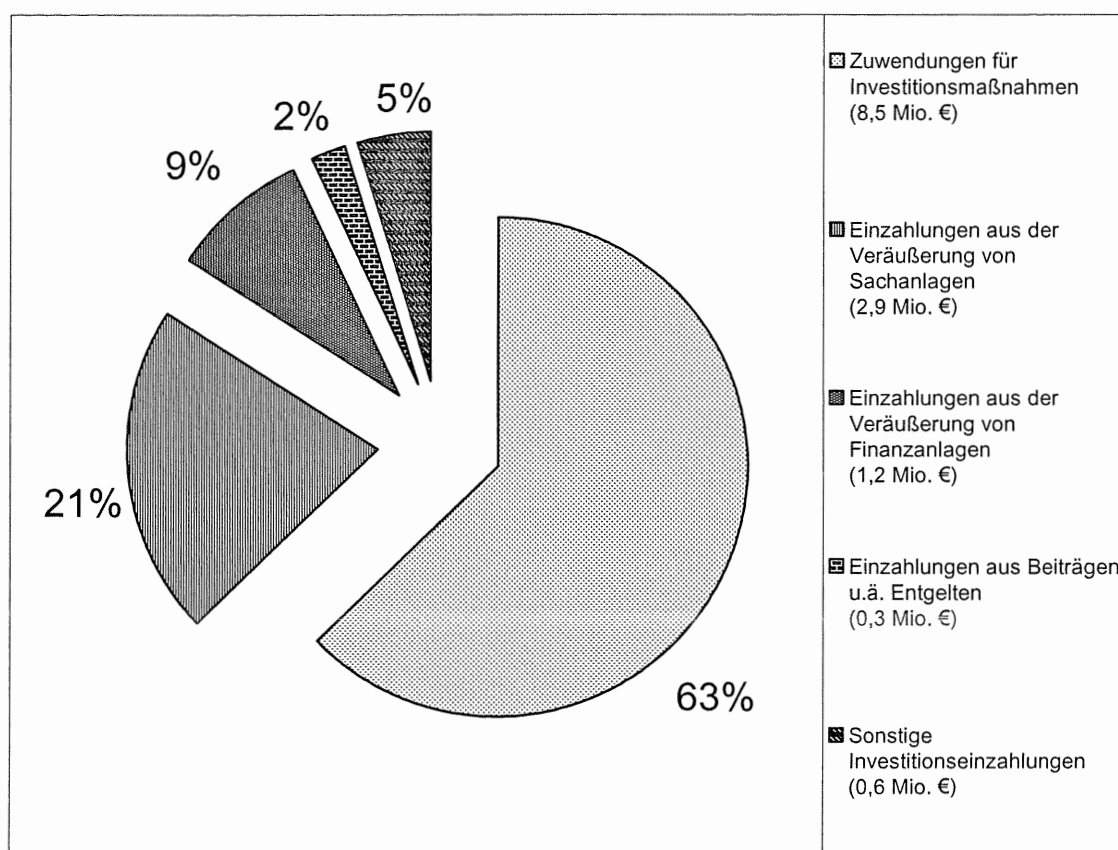
## 5.2 Investitionstätigkeit

Im Kernhaushalt der Stadt werden nach der Ausgliederung der Schul- und Sportflächen /-gebäude an den ImmobilienService diese Maßnahmen schon länger nicht mehr veranschlagt. Dies gilt naturgemäß auch für die damit zusammenhängenden Kreditaufnahmen. Im städtischen Finanzplan verblieben sind beispielsweise Tiefbaumaßnahmen, Stadtentwicklung, Fahrzeuge und Geräte.

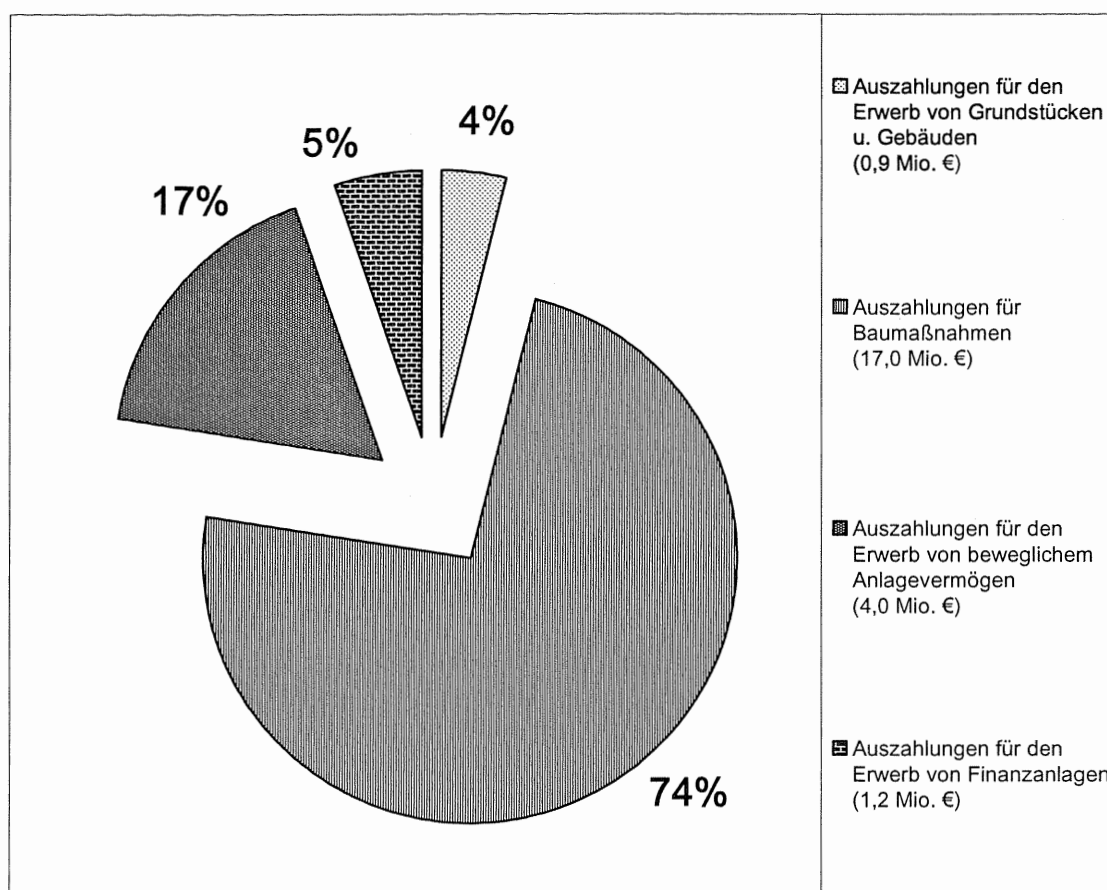
Die städtischen Investitionen werden im Wesentlichen durch verschiedene Maßnahmen, die im Zusammenhang mit **Ruhrbania** stehen, sowie den **Ausbau, die Erneuerung und Instandhaltung von Straßen** geprägt. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Entwicklung und Umsetzung des Teilprojektes "Ruhrbania-Ruhrpromenade" stehen, werden über die Projektentwicklungsgesellschaft abgewickelt und sind nicht mehr Bestandteil des Haushaltes 2008 ff.

Zur detaillierteren Darstellung wird auf das Investitionsprogramm (Kernhaushalt) sowie die Einzelausweisungen in den Teilfinanzplänen verwiesen; Hochbaumaßnahmen werden im Investitionsprogramm des ImmobilienService abgebildet.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** mit einem Gesamtvolumen von rd. **13,5 Mio. €** verteilen sich wie folgt.



Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** belaufen sich auf insgesamt rd. **23,17 Mio. €** und setzen sich wie folgt zusammen.



Aus der obigen Grafik wird deutlich, dass sich der überwiegende Teil der Investitionstätigkeit im Bereich der **Baumaßnahmen** (Volumen rd. **17 Mio. €**) abspielt.

Der Saldo bei den Investitionstätigkeiten schließt im Finanzplan mit einem **negativen Cashflow** in Höhe von **9,67 Mio. €** ab.

Grundsätzlich sind gem. § 20 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) die **Auszahlungen für Investitionstätigkeiten zu decken durch die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**, die Einzahlung aus der **Aufnahme von Krediten** und/oder die **Zahlungsüberschüsse** aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Aufnahme von Krediten in Höhe von 5.011 T€ mindert daher den negativen Cashflow entsprechend. Die Ursache für die **verbleibende Unterdeckung** begründet sich mit der Abbildung der **Zahlungsströme der rechtlich unselbständigen Stiftungen** (vgl. Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2007).

### **5.3 Finanzierungstätigkeit**

Bei den Finanzierungstätigkeiten werden die **Aufnahmen und Rückflüsse von Darlehen** mit **5.011 T€** und die Tilgung und **Gewährung von Darlehen** mit **6.913 T€** veranschlagt. Der Saldo schließt daher mit einem **negativen Cashflow** in Höhe von **1.902 T€** ab.

## **6. Verpflichtungsermächtigungen**

Gemäß § 85 der Gemeindeordnung NRW dürfen Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen in künftigen Jahren grundsätzlich nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt. Die Verpflichtungsermächtigungen gelten grundsätzlich bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Für den Fall, dass die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, gelten sie bis zum Erlass dieser Haushaltssatzung.

Sinn und Zweck solcher Verpflichtungsermächtigungen ist die Gewährleistung der reibungslosen Abwicklung von Investitionen, die über das Haushaltsjahr hinauswirken.

In der Haushaltssatzung 2008 werden **Verpflichtungsermächtigungen** für das Jahr **2009** in Höhe von **3.838.000 €** festgesetzt. Auf eine detaillierte Darstellung wird an dieser Stelle verzichtet und auf die Liste der Verpflichtungsermächtigungen, die Anlage zum Vorbericht ist, verwiesen.

## **7. Verbindlichkeiten**

### **7.1 Investitions- und Kassenkredite**

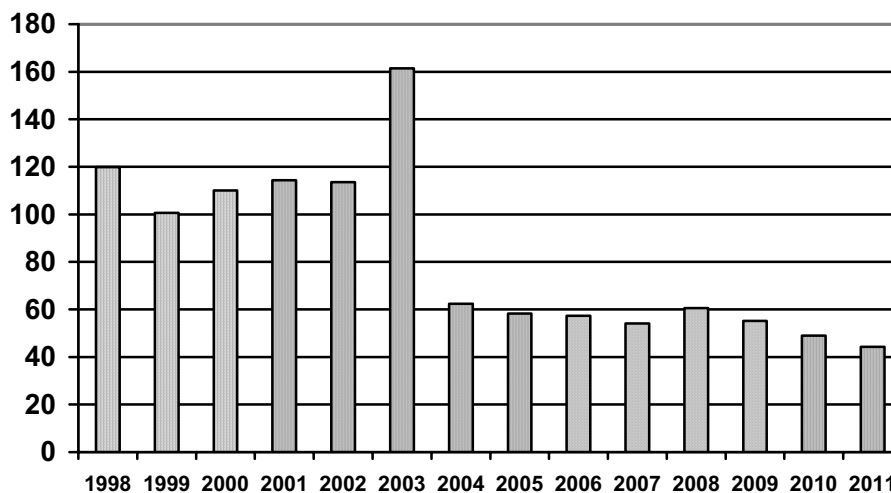
Der kamerale **Schuldenstand der Stadt** (ohne Kassenkredite) zum 31.12.1996 betrug 273 Mio. €. Durch die Schuldenübertragung auf die Eigenbetriebe kam es bis 1999 zu einer Schuldenreduzierung des Kernhaushaltes von rd. 200 Mio. € auf etwa 100 Mio. €.

Im Jahr 2003 kam es u.a. aufgrund der Rücküberführung der Immobilien der Eigenbetriebe Kultur, Mülheimer SportService, Grün und Wald zu der unten dargestellten Ausweitung.

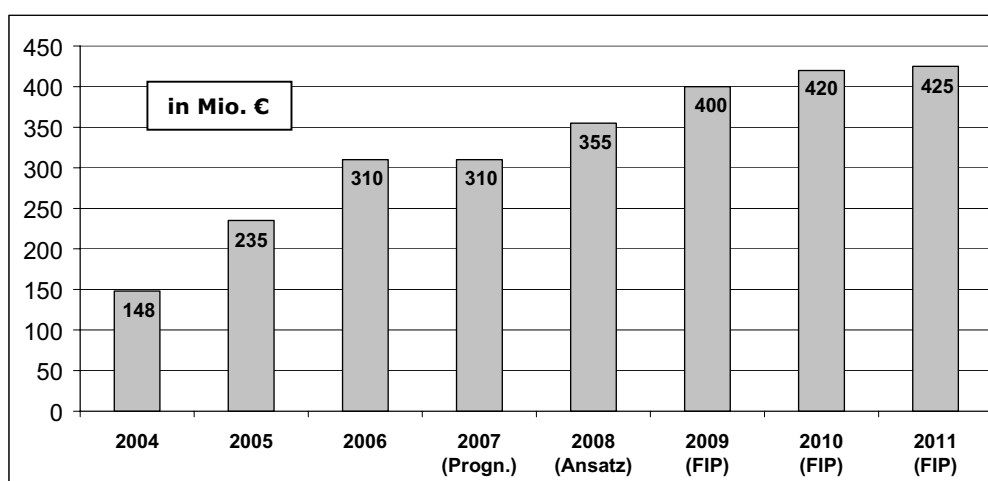
Zum 01.01.2004 wurden dem Eigenbetrieb ImmobilienService rd. 95,8 Mio. € städtische Schulden analog des Vermögens übertragen, die nachstehende Grafik zeigt es deutlich. Durch die Auflösung des Eigenbetriebes Grün und Wald werden dem Kernhaushalt in 2008 rd. 8,4 Mio. € Schulden (zurück-) übertragen. Ohne diesen

Sonderfaktor kommt es im Rahmen der weiteren Entwicklung zu einer Entschuldung von rd. 1,9 Mio. €. Im Planjahr 2008 beträgt der Stand der Investitionskredite zum Jahresende rund 60,5 Mio. €; der leichte Anstieg beruht auf der erwähnten Kreditübertragung.

Darlehensverschuldung Stadt (ohne EB)



In der vorstehenden Darstellung sind nicht die **Kredite zur Liquiditätssicherung** (Kassenkredite) berücksichtigt, die zur Sicherstellung der Kassenliquidität bei anhaltendem Haushaltsdefizit in nicht unbeträchtlicher Höhe aufgenommen werden müssen. Die Entwicklung ist aus nachfolgender Grafik ersichtlich.



## 7.2 Kreditaufnahmen

Die veranschlagten Investitionsmaßnahmen ab 2007 und die damit zusammenhängenden Einzahlungen (z. B. Zuweisungen und Zuschüsse, Beiträge, Erlöse Grundstücksverkäufe) bedingen folgende Kreditaufnahmen der Kernverwaltung (gerundet):

in 1.000 Euro	2008	2009	2010	2011
Kreditaufnahmen	5.011	1.187	139	1.050
Tilgung	6.913	6.500	6.374	5.871
<b>Nettoneuverschuldung</b>	<b>-1.902</b>	<b>-5.313</b>	<b>-6.235</b>	<b>-4.821</b>

Die bei der Stadt verbliebenen Tiefbaumaßnahmen gestatten unter Anrechnung der Zuweisungen und Grundstückserlöse die Darstellung einer **Entschuldung für 2008 - 2011**. Allerdings nimmt die Kommunalaufsicht –wie bereits in den vergangenen Jahren- die Prüfung der **Nettoneuverschuldung** der Stadt „gesamtstädtisch“, d.h. unter **Einbeziehung aller Eigenbetriebe/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen** vor. Auf dieser Basis und dem hier für 2008 dargestellten Entschuldungsbetrag haben die Eigenbetrieb/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen die entsprechenden Investitionsprogramme ab 2008 aufgestellt.

Nettoneuverschuldung Gesamthaushalt 2008:			
Beträge gerundet	Kredite	Tilgung	Nettoneuverschuldung
Kernhaushalt	5.011.000 €	6.913.000 €	-1.902.000 €
ImmobilienService	8.750.000 €	6.700.000 €	2.050.000 €
Kulturbetrieb	0 €	5.000 €	-5.000 €
Mülheimer SportService	0 €	72.000 €	-72.000 €
Betriebe der Stadt	4.004.000 €	4.075.000 €	-71.000 €
<b>Gesamt</b>			<b>0 €</b>